66. Jahrgang. № 158. Montag, 3. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,- M., vierteljährlich 63,- M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Restaurant ersten Ranges
22 Waisenhaus-Straße 22

REGINA-PALAST

5-Uhr-Tee — Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche
mit 12 Künstlern

Jeden Dienstag und Freitag vornehmer Regina-Ball

Deutschnationaler Parteitag Ostsachsen.

Das Programm der Partei. — Die Stellung zur sächsischen Politik. — Eine Entschließung zur Reparationsnote.

(Von unserem nach Löbau entsandten Sonderberichterstatter.)

Löbau, 1. April 1922.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Deutschnationale Volkspartei gestaltete sich der bereits für Februar geplante, aber infolge des Eisenbahnerstreiks auf den ersten April verschobene Wahlkreisparteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der am Vormittag bereits eine große Zahl von besonders geladenen Vertretern der einzelnen Orts- und Berufsgruppen zu einer internen Aussprache mit den Abgeordneten der Partei vereinigte, während in einer großen öffentlichen Hauptversammlung die Ziele und Wünsche der Partei und ihrer Mitglieder dargelegt wurden. Bunt zusammengewürfelt die Schar der Teilnehmer, vom Arbeiter bis zum Gutsbesitzer, vom Handwerksmeister und Kleinhandelsvertreter bis zum Industriellen, und kein Mißton, keine Opposition störte die imposante Versammlung, die nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Löbau, Hauptmann Bleyl, ebenso wie die Vertreterversammlung am Vormittag mit einer

programmatischen Rede Fabrikdirektor Lehnigs

(Radebeul), des ersten Vorsitzenden des Wahlkreisverbandes Ostsachsen, eingeleitet wurde. In festen Strichen zeichnete der Redner klar die Ziele der Partei. Er ging aus von dem verhängnisvollen Eisenbahnerstreik, der die ursprünglich angesetzte Tagung verhindert hatte und der ein Beispiel für die zersetzende Krankheit, die heute das deutsche Volk erfaßt habe, sei. Nicht Einkommenserhöhungen seien die wirklichen Folgen dieses Streiks, sondern eine riesige Materialzerstörung — die Zahl der unbrauchbaren Lokomotiven sei von einem Drittel auf die Hälfte heraufgesetzt worden —, dauernde Transportbehemmung, Güterverteuerung und die Schmälerung der landwirtschaftlichen Produktion. Mit der Verlegung der Tagung auf den Geburtstag Bismarcks bringe man zum Ausdruck, daß das Streben der Partei auf die Einheit des Volkes gerichtet sei, daß ihr Weg positiv schaffend, nicht negativ kritisch sein werde. Zusammenfassung der Kräfte, die sich heute zum Teil noch in krankhafter, weit über das Maß hinausgehender individueller Kritik zersplittern, sei die Losung; denn große Richtungen können sich nur aus der Geistesgemeinschaft herausbilden, für die es der ganzen Geistesmenge eines Volkes bedürfe. Die Enthaltung von negativer Kritik und der Blick auf das höhere Ziel sei auch richtunggebend für

das Verhältnis zu den Nachbarparteien,

nämlich das höhere Ziel des Rechtsblocks, des Regierungsblocks gegen die Linksparteien. Ueber die Haltung zu urteilen, die die Deutsche Volkspartei der Regierung Wirth und der Zwangsanleihe gegenüber eingenommen habe, sei — so sehr sie auch zur Kritik verleiten möge — Sache der Wähler, denen gegenüber es nur gelte, die Haltung der Deutschnationalen Partei klarzulegen und zu begründen. Man müsse sich jeder Koalition enthalten, die eine Preisgabe der Parteigrundsätze bedeute.

Die Deutschnationale Volkspartei müsse ferner ihre prinzipielle Stellungnahme zur Katastrophenpolitik

festlegen. Die Katastrophe sei durch Bewilligungsangst nicht zu verhindern. Ob man erfülle oder nicht, müsse es zur Katastrophe kommen. Es sei darum ein Frevel, uns bewußt in namenloses Elend zu führen, um der Welt den Unsinn der Reparation zu beweisen. Der Erfüllungswahn sei Heuchelei, da wir in Kürze zusammenbrechen müssen. Man spreche darum nur die Sprache der Vernunft, wenn man verlange, es nicht erst zu einer Schwächung des deutschen Volkes bis zum Weißbluten kommen zu lassen — denn nicht nur die Wirtschaft, der Beamte, der Angestellte und der Arbeiter müssen ebenso hoffnungslos mitverarmen — sondern die auch bei der Erfüllung unvermeidliche Auseinandersetzung sofort herbeizuführen. **Die positive Idee dabei sei, daß sich die Deutschnationale Partei zu einer Opferwilligkeit unbekannter Größe entschließen werde, wenn die Aussicht bestehe, durch eine endgültige kurzfristige Liquidation von Versailles und aller späteren Erpressungen ein freies schaffendes Volk zu werden. Daran könne man die letzte Kraft setzen; aber es sei ein gewaltiger Unterschied, ob man ein geschwächtes, ausgesogenes und völlig demoralisiertes Volk vor die gewaltige Aufgabe des Neuaufbaus stelle, oder ein Volk, das noch dazu fähig sei.** Wenn auch die Politik der Entente eine Bluffpolitik sei, die in stärkstem Widerspruch zu den inneren Nöten der Ententestaaten stehe, so dürfe man nicht auf die andern hoffen, sondern nur auf sich selbst, und heute noch sehe die Deutschnationale Volkspartei im deutschen Volke das stärkste der Erde. Niemals sei es Katastrophenpolitik, ein erträgliches Maß der Liquidation zu fordern, sondern damit vertrete die Partei die Prinzipien der Lebensfähigkeit des deutschen Volkes. Die reine Politik der Franzosenfreundlichkeit der Regierung sei hierfür ein Hindernis, und auch der Genuafimmel werde nichts helfen. Absolute Klarheit müsse man von der Regierung fordern, und daß Dr. Wirth auch jetzt wieder der Entscheidung ausgewichen sei, sei der Grund des Mißtrauensantrages gewesen. Dr. Rathenau habe feststellen müssen, daß es nie ein Volk gegeben habe, dem man schon so viel abgenommen habe. Man könne aber keine Regierung dulden, die die Kräfte des Volkes in dieser Weise noch weiter verschleudere. Auch die Zwangsanleihe könne nichts nutzen, da heute schon der Geldmarkt in einem Umfange versteift sei, von dem man keine Ahnung habe. Heute könne man überhaupt keine Goldanleihe aufnehmen, da man nicht wisse, ob ihr Wert bis zur Veranlagung nicht bereits auf 120 bis 150 Milliarden gestiegen sei. Zudem werde auch sie nur in das „Faß ohne Boden" geschüttet.

Zur inneren Politik zurückkehrend, betonte Direktor Lehnig die großen sittlichen Pflichten der Partei, die beweisen müsse, daß sie die Volksgemeinschaft wahrhaft anstrebe, dadurch, daß sie den alten Herrenstandpunkt endgültig ablehnt, dadurch, daß sie den Wert des Menschen höher stellt als die vergangene Zeit. Die Partei müsse zustimmen, die steigende Not des Volkes mit allen Mitteln und Opfern zu beseitigen und dürfe in dieser praktischen Nächstenliebe vor Opfern und Zugeständnissen nicht zurückschrecken. Diese Nächstenliebe betreibe man auch nur, wenn man die Gefühle der Nachbarparteien schone. Die wirkliche Volksgemeinschaft könne nur auf wahrhaft menschlicher, deutscher und nationaler Grundlage erstehen. Der Redner verwies dann auf das

große Hilfswerk der Landwirtschaft,

dem die allergrößte Bedeutung zukomme. Ihm müsse aber auch eine gleich große Opferwilligkeit der Industrie entsprechen, um dieses Hilfswerk durch die Lieferung der notwendigen Maschinen zu fördern. Dazu sei es auch nötig, daß die Industrie einem Abwandern der landwirtschaftlichen Arbeiter entgegenwirke; denn eine Förderung der Produktion bedeute heute in erster Linie einen Gewinn an Papierscheinen, während die landwirtschaftliche Erzeugung Brot gewinne und damit die Not lindern helfe. Jedes Opfer helfe mit an der Besserung unseres Schicksals, und damit lege man das Bekenntnis ab zu einem Geschlecht, das ins Helle strebe.

Nachdem der Beifall verrauscht war, sprach **Landtagsabgeordneter Oekonomierat Schmidt** über

die sächsische Politik

und die schwierige Arbeit der Landtagsfraktion. Er ermahnte die Landwirtschaft, fest bei der Partei auszuharren und die Kräfte nicht durch besondere Landbundlisten zu zersplittern. Die traurigen Verhältnisse im Landtage und in den Ausschüssen, wo überall die bürgerliche Minderheit mit einer Stimme niedergestimmt werde, seien ein Beweis für die Unhaltbarkeit des parlamentarischen Systems in Sachsen; denn nach dem Mehrheitswillen des Volkes kämen gerade die heterogensten Elemente, die Sozialisten und die Deutschnationalen zusammen. Die Sozialisten nützten ihre Macht, die sie den Kommunisten verdankten, in rücksichtsloser Weise aus, und wenn sich in letzter Zeit die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden hätten, so sei das lediglich eine Folge der miserablen Behandlung, die alle bürgerlichen Parteien von der Regierung erfahren haben. Trotz der Einschränkung des Verhandlungsgebietes seien die Tagungen länger und der Stoff größer geworden. 119 Vorlagen seien bisher zur Verhandlung gekommen, aber 69 davon seien überflüssig gewesen. Der Redner nahm dann gegen die geplanten neuen Feiertage scharf Stellung, wie er überhaupt die Haltung der Regierung scharf geißelte, die heute eine Gewaltherrschaft ausübe und die Verhetzung zwischen Erzeugern und Verbrauchern auf die Spitze getrieben habe. Der sächsischen Regierung gelte daher der schärfste Kampf der Partei.

An Stelle des durch die Endabstimmung über die Steuervorlagen im Reichstage am Erscheinen verhinderten Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert sprach darauf der **Reichstagsabgeordnete Domsch** über Zusammensetzung und Aufgaben des Reichswirtschaftsrats und über die bekannte Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den Steuervorlagen. Er begründete ausführlich die ablehnende Haltung der Partei gegenüber der Zwangsanleihe und betonte die positive Mitarbeit an den anderen Steuervorlagen, um die Reichsfinanzen zu sanieren. Von besonderem Interesse war von den Mitteilungen aus dem Reichstage die Aeußerung eines Ententevertreters, der bei den Beratungen über die Reparationsnote erklärte, daß selbst bei einer zustimmenden Haltung sehr bald eine

neue, noch unerfüllbarere Note

kommen würde. Die Entente kenne die wirtschaftliche Leistungsgrenze Deutschlands ganz genau, aber die Aufmarschpläne seien bereit, und die Schwächung Deutschlands sei das Ziel. Diese Aeußerung kenne auch Herr Rathenau. Wie tatenlos die Regierung der Teuerung und der Lebensmittelknappheit gegenübergestanden habe, bewies der Redner durch einen Brief des Reichsernährungsministers, der dem Abgeordneten auf einen Rat, die im Sommer günstige Konjunktur für Auslands- und freies Inlandsgetreide mit Rücksicht auf die zu erwartende Kartoffelknappheit zum Getreideankauf auszunützen, geantwortet habe, daß die Regierung „geeignete Maßnahmen" getroffen habe. Mit einer Mahnung zur Rückkehr zum Geiste Bismarcks schloß der Redner seine Ausführungen.

In der Aussprache kamen neben einem Gutsbesitzer und dem Landtagsabgeordneten Grellmann noch besonders zwei Handwerksmeister zu Worte, die unter dem Beifall der Versammlung in zündenden Worten die Zuversicht des Handwerks zur deutschnationalen Partei ausdrückten und die Notwendigkeit der Erhaltung des schaffenden Mittelstandes betonten. In gleichem Sinne sprach ein Vertreter des Kleinhandels, der in der Partei die Vertretung der Interessen des Kleinhandels ebenfalls für am besten gewahrt erklärte.

Zum Schluß der Hauptversammlung wurde einstimmig folgende

Entschließung

angenommen:

„Die Reichsregierung hat mit den Reden des Reichskanzlers und des Außenministers Rathenau zur letzten Reparationsnote erneut bewiesen, daß sie auch heute noch nicht die ganze Aussichtslosigkeit und Verderblichkeit ihrer Erfüllungspolitik begriffen hat. Wir bedauern, daß sich wiederum eine Reichstagsmehrheit zur Billigung des Reparationsstandpunktes gefunden hat, obwohl bisher jede Nachgiebigkeit gegen die anmaßenden Forderungen des Feindbundes mit neuen Herabwürdigungen beantwortet worden ist. Wir haben deshalb mit Genugtuung den Mißtrauensantrag der deutschnationalen Reichstagsfraktion empfunden als die einzige Antwort, die sich nach unserer Ueberzeugung mit deutscher Würde verträgt. Wir erklären das bewußt am Geburtstage Bismarcks."

Langanhaltender Beifall folgte den Schlußworten des Vorsitzenden und den Ausführungen der einzelnen Redner.

Die Vertreterlagung

am Sonnabend vormittag, die in der Hauptsache einer engen Fühlungnahme der Vertreter der Ortsgruppen mit der Parteileitung und den Abgeordneten gewidmet war, brachte nach der bereits erwähnten Programmerklärung des Vorsitzenden Direktors **Lehnig** ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion durch den Reichstagsabgeordneten **Domsch** und der Landtagsfraktion durch deren Führer Kommerzienrat **Hofmann**, Innungsobermeister **Kuntzsch**, der über Handwerksfragen, und Landtagsabgeordneten **Zeller**, der über wirtschaftliche Fragen referierte. Frau Abgeordnete **Bültmann** legte die Ziele und Aufgaben der deutschnationalen Frauen dar. Die sich an diese Referate anknüpfende Aussprache brachte für Abgeordnete und Parteileitung wertvolle Anregungen. Insbesondere überbrachte Landtagsabgeordneter **Börner** die Grüße des Wahlkreises Westsachsen und hob den ablehnenden Standpunkt der deutschnationalen Beamtenschaft in der Streikfrage hervor, weil jedes Eintreten für den Streik den Abbau des Berufsbeamtentums bedeute. Aus der Aussprache ist im übrigen neben der Mahnung des Sekretärs der christlichen Gewerkschaften **Richter**-Dresden zur Ablehnung des Organisationszwanges durch die freien Gewerkschaften und zur Bekämpfung des Arbeitsnachweisgesetzes noch besonders die mit langanhaltendem Beifall aufgenommene Erklärung der Deutschkatholikin **Freiin v. Brakel** hervorzuheben, daß die durch den Uebertritt Professor Martin Spahns vom Zentrum zur deutschnationalen Partei eingeleitete Bewegung immer größeren Umfang annehme und daß die Erkenntnis immer mehr wachse, daß das Zentrum nicht die Vertretung der deutschen Katholiken sei. Die Rednerin machte auch davon Mitteilung, daß sich in Dresden ein Katholiken-Ausschuß der Partei gebildet habe. Der stellvertretende Vorsitzende des Wahlkreisverbandes, Rechtsanwalt Dr. **Philipp**, hob die Pflicht zur Sammlung der rechtsstehenden Katholiken hervor unter Betonung des Kardinalpunktes des deutschnationalen Programms, daß die Partei auf christlichem Boden stehe. Die neue Bewegung, die einen unerwarteten Umfang angenommen habe, bedeute keine Beeinträchtigung der evangelischen Interessen, vielmehr könne der neue Ausschuß im Verein mit dem berufsständischen Ausschuß der evangelischen Geistlichen in vielen Fragen im gemeinsamen Kulturausschuß ersprießlich zusammenwirken.

Den Abschluß der arbeitsreichen Tagung bildete ein **Bismarck-Kommers**, der, mit dem Deutschland-Liede beginnend, erhebende Ansprachen des Obersten Treitschke und des Abgeordneten Dr. Philipp brachte.

*

Sondertagung deutschnationaler Frauen.

Nachmittags 3 Uhr fand im „Wettiner Hofe" eine Sondertagung der deutschnationalen Frauen statt, die vom Rittergutsbesitzer Bleyl-Taubenheim eröffnet und von Frau Bahrmann geleitet wurde. Diese stellte fest, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht, wie man oft höre, eine Agrarierpartei sei, sondern daß sie den Willen habe, alle Volksschichten in sich zu vereinigen zum Kampfe gegen den Internationalismus. Frau Landtagsabgeordnete Bültmann sprach über: „Einiges aus dem Landtage". Sie ging zunächst auf die schwebenden Schulfragen ein, wobei sie betonte, daß der Frau jetzt durch das Gesetz in Sachen der Erziehung Gleichberechtigung mit dem Manne eingeräumt sei, und legte in kurzen Strichen den Inhalt des Reichs-Jugendwohlfahrts-Gesetzes dar. Des weiteren sprach sie über den Schulaufbau, Umwandlung der Seminare, Mädchenfortbildungsschule und Frauenschule. Die Mädchenfortbildungsschule, namentlich auf dem Lande, begegnet noch großen Schwierigkeiten, doch kann man vertrauensvoll ihrer weiteren Entwicklung entgegensehen. Ihre weiteren Ausführungen galten der Frage: „Die Frau im Berufs- und Laienrichtertum". Die Frau darf jetzt Schöffe und Geschworene werden, und es soll ihr auch das Berufsrichtertum erschlossen werden. Zum Schluß ging die Rednerin noch auf die Frage des Mädchenhandels ein. Vor dem Kriege hat die Partei erfolgreiche Arbeit gegen den Mädchenhandel getan. Im Kriege aber stand er wieder in Blüte, namentlich in Preußen. 400 deutsche Mädchen sind nach Metz in die Negerbordelle verschachert worden. Es ist schwer, die einzelnen Fälle aufzudecken, weil das Schieberkapital daran beteiligt ist. Trübe Bilder dieses traurigen Kapitels entrollte die Rednerin mit ihren Ausführungen

SLUB
Wir führen Wissen.